

Verteilungsgerechtigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft Plädoyer für die Einführung einer Platon-Steuer

Hagen Krämer¹

Auf einen Blick

Die Frage, was eine gerechte Einkommensverteilung ausmacht, beschäftigt die Menschen seit jeher. Der griechische Philosoph Platon vertrat die Ansicht: „[...] Nachdem der Gesetzgeber [die Grenze der Armut] als Maß hingestellt hat, mag er erlauben, seinen Besitz auf das Zwei-, Drei-, ja Vierfache hiervon auszudehnen. Wenn aber jemand noch mehr im Besitz hat, so soll er den Überschuss [...] an den Schatz des Staates und seiner Schutzgötter abgeben.“² Hieran anknüpfend werden in diesem Beitrag Kriterien für eine Norm vorgestellt, die einer „idealen Einkommensverteilung“ entspricht. Um eine entsprechende Verteilung im Sinne von Platon herbeizuführen, wäre u. a. eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen notwendig.

Die personelle Einkommensverteilung ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland wie auch in vielen anderen Ländern deutlich ungleicher geworden. Damit rückt eines der zentralen Probleme einer Marktwirtschaft wieder stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses. Während der empirische Befund zu diesem Sachverhalt eindeutig ist, hört man aus den Reihen der Wirtschaftswissenschaftler selten eine Aussage dazu, ob und ab welchem Ausmaß eine ungleiche Verteilung als ungerecht anzusehen sei. Diese selbst auferlegte Zurückhaltung einer Fachdisziplin steht in starkem Kontrast zu der Bedeutung, die das Thema in der öffentlichen Debatte hat. Arbeit und Einkommensverteilung gehören zu den wirtschaftlichen Themen, die die Bevölkerung in Deutschland mit am stärksten beschäftigen. So gaben in einer unlängst durchgeführten Umfrage 69 Prozent der Befragten in Deutschland an, dass sie die aktuelle Einkommens- und Vermögensverteilung für ungerecht halten; fast zwei Drittel sind der Überzeugung, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten drei bis vier Jahren abgenommen habe.³

Ökonomen tun sich jedoch schwer mit der Beurteilung von Einkommensungleichheit. Dies liegt zum einen daran, dass bei der heute dominierenden Richtung in den Wirtschaftswissenschaften vor allem Probleme der marktmäßigen Allokation und damit

Effizienzfragen im Mittelpunkt stehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine zu große Gleichheit der Einkommensverteilung der Effizienz eines marktwirtschaftlichen Systems abträglich ist. Zum anderen wird das Fällen von diesbezüglichen normativen Urteilen von den meisten Wirtschaftswissenschaftlern für unzulässig erachtet. Überlegungen zur Gerechtigkeit der Einkommensverteilung überlässt die Wirtschaftswissenschaft daher eher anderen Disziplinen wie etwa der Philosophie, in der der Begriff der Gerechtigkeit traditionell eine bedeutende Rolle spielt.⁴ Wie die moderne experimentelle Wirtschaftsforschung festgestellt hat, ist aber Fairness ein wichtiges Kriterium, das die Wahlhandlungen von Individuen mit beeinflusst. Die Frage nach der Gerechtigkeit einer gegebenen Einkommensverteilung gehört dazu. Eine gerechte Einkommensverteilung ist damit gewissermaßen ein fester Bestandteil der Zielfunktion einer Gesellschaft, was auch die Wirtschaftswissenschaft berücksichtigen sollte.

Ein kurzer Blick auf empirische Verteilungswerte in den USA und Deutschland offenbart die Ungleichheit der Nettoeinkommen. In 2009 flossen in den USA etwa 28 Prozent und in Deutschland rund 24 Prozent der Nettoäquivalenzeinkommen an die reichsten zehn Prozent der Haushalte.⁵ Doch sind diese Anteilswerte zu hoch, gerade angemessen oder gar noch zu gering? Es ist vermutlich leichter möglich, eine gesellschaftliche Übereinstimmung darüber zu erzielen, dass eine gegebene Einkommensverteilung unfair ist, als einen Konsens darüber herbeizuführen, welche Einkommensverteilung als fair anzusehen und daher anzustreben ist.⁶ Nach Platon zeichnet sich eine gerechte Gesellschaft dadurch aus, dass die Reichsten nicht mehr als das Vierfache der ärmsten Personen besitzen. Aber warum gerade das Vierfache? Wäre das Doppelte oder das 100-fache nicht ebenso eine faire Verhältniszahl? Welches Ausmaß darf eine ungleiche Verteilung haben, um noch akzeptiert zu werden? Um dies fundierter beurteilen zu können, wird eine geeignete Verteilungsnorm benötigt.

In einer solchen Verteilungsnorm sollte aus ökonomischer Sicht sowohl der Aspekt der sozialen Gleichheit und der Bedarfsgerechtigkeit als auch das Leistungs- und Anreizprinzip berücksichtigt werden. Als eine ideale Einkommensverteilung

soll im Folgenden mit Lerner (1944: 36) eine Verteilung verstanden werden, bei der „das Prinzip der Gleichheit (...) einen Kompromiss (schließt) mit dem Grundsatz, solche Anreize zu liefern, die das zur Verteilung verfügbare Gesamteinkommen erhöhen würden“.⁷

Verteilungstypologien

Den folgenden Überlegungen zur Entwicklung einer in diesem Sinne idealen Einkommensverteilung liegt die Betrachtung der Sekundärverteilung (Einkommen nach Steuern und Abgaben plus Transfers) zugrunde. Konkret werden Haushaltsjahresnettoäquivalenzeinkommen dargestellt. Die Verteilung wird in Form von Dezilen betrachtet. Dafür werden die Haushalte nach der jeweiligen Höhe ihres Nettoeinkommens aufsteigend sortiert und in zehn gleich große Gruppen aufgeteilt. Das unterste (oberste) Dezil entspricht dabei dem Einkommensanteil der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Haushalte. In einem ersten Schritt werden nun verschiedene Verteilungstypen definiert und einer davon als Referenztyp ausgewählt. Zur Entwicklung einer umfassenderen Verteilungsnorm werden dann noch zwei weitere Bedingungen hinzugefügt.

Idealtypisch könnte man sich drei einfache Modelle einer Dezilverteilung vorstellen:⁸

(1) Im Modell „Korporatistische Marktwirtschaft“ sind die Einkommen je nach Dezil unterschiedlich hoch, aber noch relativ gleichmäßig verteilt. Vom ersten (den ärmsten Haushalten) bis zum letzten Dezil (den reichsten Haushalten) weist die Erhöhung der jeweiligen Einkommensanteile einen degressiven Verlauf auf.

(2) Im Verteilungsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ erhalten die Haushaltsgruppen ebenfalls unterschiedlich viel, aber die Verteilungsunterschiede sind größer als in Modell 1. Damit die Abstände zwischen den Dezilen nicht über alle Maße wachsen, wird hierbei angenommen, dass die absoluten Einkommensunterschiede zwischen den Dezilen jeweils gleich groß sind. Bei einer solchen linearen Verteilung hat beispielsweise das erste Dezil ein Haushaltseinkommen von 100 Einkommenseinheiten. Das zweite Dezil und jedes weitere Dezil haben ein Haushaltseinkommen, das 100 Einheiten höher ist als das des vorhergehenden Dezils. Unter dieser Voraussetzung bekommt das einkommensstärkste Zehntel aller

Haushalte etwa 18,5 Prozent und das erste Dezil etwa 1,5 Prozent des gesamten Einkommens.

(3) Im Modell der „Kapitalistischen Marktwirtschaft“ nehmen die Anteile vom ersten bis zum zehnten Dezil jeweils überproportional zu; demnach sind die Einkommen progressiv verteilt. In diesem Fall wird das zehnte Dezil mehr als 18,5 Prozent des Einkommens erhalten. Dies entspricht der heutigen Situation, in der das zehnte Dezil sowohl in den USA als auch in Deutschland einen Anteil am gesamten Nettoeinkommen hat, der jeweils deutlich über diesem Wert liegt.

Verteilungsnorm für eine soziale Marktwirtschaft

Wie sind die einzelnen Verteilungstypen nun unter dem Aspekt einer idealen Einkommensverteilung zu beurteilen?

- Das Modell 1 „Korporatistische Marktwirtschaft“ weist eine nur wenig von der vollkommenen Gleichverteilung abweichende Dezilverteilung auf. Es widerspricht damit allerdings zentralen Gerechtigkeitskonzepten. Ohne weitere Bedingungen kann selbst diese einigermaßen egalitäre Verteilung keine Bedarfsgerechtigkeit garantieren, da Faktoren wie Krankheit, Alter usw. nicht berücksichtigt werden, die den Einkommensbedarf ebenfalls bestimmen. Zum anderen aber widerspricht es der Idee der Leistungsgerechtigkeit und dürfte schwerwiegende Anreizeffekte auslösen.
- Das zweite Verteilungsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ weist eine zwar durchaus ungleichmäßige, aber noch keine extrem ungleiche Verteilung der Einkommen auf. Man könnte diesen Verteilungstypus als einigermaßen akzeptablen Kompromiss zwischen Markteffizienz und Verteilungsgerechtigkeit verstehen. Somit bietet sich dieser Typus als Referenzverteilung an.
- Im Verteilungsmodell 3 „Kapitalistische Marktwirtschaft“ sind die Einkommen sehr ungleich verteilt. Die hier bestehende progressive Verteilung zeichnet sich überdies dadurch aus, dass die Abstände nach oben immer größer werden. Diese Art der Verteilung herrscht gegenwärtig in den meisten OECD-Ländern vor.

Nimmt man an, dass eine lineare Verteilung der idealen Verteilung im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft entspricht, lässt sich hieraus

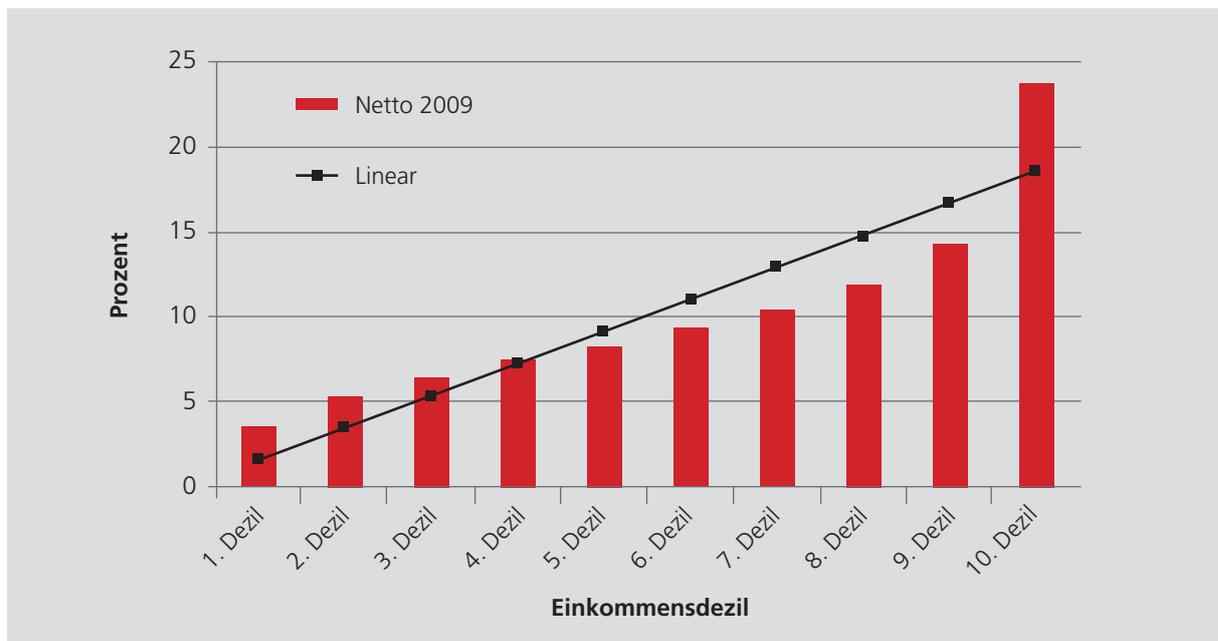
eine konkrete Verteilungsnorm für die Dezilstruktur der Nettoeinkommen der Haushalte ableiten. Das Modell muss allerdings noch weiter konkretisiert werden, denn es ist durchaus möglich, dass das Einkommen des ersten Dezils unterhalb des Existenzminimums liegt. Daher ist es notwendig, die Höhe des Einkommens des ersten Dezils mit der Bedingung zu verknüpfen, dass damit eine Grundsicherung abgedeckt wird. Zum Beispiel könnte die absolute Einkommenshöhe des ersten Dezils entsprechend der offiziellen EU-Armutgefährdungsgrenze auf 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens festgelegt werden.

Will man auch das Ausmaß der Spreizung zwischen den reichsten und ärmsten Haushalten in die Verteilungsnorm integrieren, muss ein Vielfaches zwischen dem ersten und zehnten Dezil festgelegt werden. Für diese Verhältniszahl lässt sich kaum ein rationales Kriterium festlegen. Auch ein subjektives Empfinden über eine faire Verhältniszahl dürfte innerhalb der Gesellschaft stark variieren. Die platonische Verteilungsnorm eines maximal vierfachen Einkommens (bzw. Vermögens) würde in der heutigen Zeit sicher als zu eng angesehen werden. Für die folgenden Überlegungen soll daher die der Schweizer Volksabstimmung zur Begrenzung der Managergehälter aus dem Jahr 2013 („1:12 – Für gerechte Löhne“) zugrundeliegende Idee aufgenommen werden. Die Initiatoren forderten, dass das Gehalt eines Top-Managers nicht mehr als das Zwölfwache der Vergütung eines gering entlohnten Arbeiters ausmachen darf. Dieses Verhältnis ergibt sich aus der Überlegung, dass der Bestverdienende einer Gesellschaft in einem Monat nicht mehr verdienen sollte, als ein Geringverdiener in einem Jahr erhält. Das Verhältnis zwischen dem untersten und dem obersten Dezil soll demzufolge dem Faktor Zwölf entsprechen.

Plädoyer für eine Platon-Steuer

Abbildung 1 zeigt eine solche fiktive Zielverteilung und stellt sie der 2009 in Deutschland tatsächlich existierenden Dezilverteilung gegenüber. Bei der Idealverteilung wurde für das Nettojahreseinkommen des ersten Dezils beispielhaft ein Wert von 10.000,00 Euro angenommen, was einem Anteil von etwa 1,5 Prozent entspricht. Auf das zehnte Dezil entfallen dann 120.000,00

Abbildung 1: **Reale Haushaltsjahresnettoäquivalenzeinkommen der Einkommensdezile in Deutschland 2009 sowie Referenzwerte einer linearen Einkommensverteilung (D10:D1 = 12:1)**



Der durch die schwarzen Quadrate verlaufenden Referenzgeraden liegt die Annahme zugrunde, dass das zehnte Dezil das zwölffache Einkommen des ersten Dezils erhält.

Quelle: Berechnungen mit Daten des SOEP (2011).

Euro (18,5 Prozent). Die absolute Einkommensdifferenz zwischen den einzelnen Dezilen beträgt in diesem Beispiel jeweils 12.222,22 Euro. Vergleicht man dies mit den tatsächlichen Werten in Deutschland in 2009, so zeigt sich, dass der Anteil des Top-Dezils realiter deutlich darüber liegt, während insbesondere in der oberen Mitte der Einkommensverteilung die Anteile unterhalb ihrer Referenzwerte liegen.

Um eine lineare Einkommensverteilung gemäß dem Verteilungsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ zu erreichen, wären sicherlich bereits Eingriffe in die Entstehung der Primäreinkommen notwen-

dig, um auch die Markteinkommen entsprechend zu beeinflussen (Grenzen für Mindest- und Maximalverdienste). Zur Umsetzung der angestrebten Sekundärverteilung ist zudem ein erhebliches Maß an Umverteilung erforderlich. Dies ist angesichts der Höhe, die das zehnte Dezil gegenwärtig im Vergleich zum Normwert der Referenzverteilung (23,7 Prozent im Vergleich zu 18,5 Prozent) hat, nur durch deutlich höhere Spitzensteuersätze zu erreichen. Da dies vor allem auf der von Platon formulierten *Maxime* basiert, den Abstand zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen zu begrenzen, kann eine solchermaßen motivierte Reichensteuer als Platon-Steuer bezeichnet werden.

- 1 Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft.
- 2 Platon 1862: 5. Buch der *Nomoi* (Die Gesetze), in: Platon's Werke, vierte Gruppe, neuntes bis fünfzehntes Bändchen (nach der Übersetzung von Dr. Franz Susemihl), Stuttgart: Metzler.
- 3 Institut für Demoskopie Allensbach 2013: Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger, Allensbach.
- 4 Eine Ausnahme stellt der Ökonom und Philosoph Amartya Sen dar. Vgl. zum Beispiel A. Sen 2009 [1973]: *Ökonomische Ungleichheit*, Marburg: Metropolis.
- 5 OECD 2013: OECD Income Distribution Database, Paris: OECD Publishing. <http://oe.cd/idd>. SOEP (Sozioökonomisches Panel) 2011: Daten der Jahre 1984-2010, Version 27, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- 6 Dies zeigt sich zum Beispiel am allgemeinen Unmut über die absolute und relative Höhe von Top-Managergehältern. Vgl. Chr. Anselmann, und H. Krämer 2012: Wer wird Millionär? Erklärungsansätze steigender Top-Managergehälter, WISO direkt, November, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- 7 A.P. Lerner 1944: *The Economics of Control*, London: Macmillan.
- 8 Vgl. zum Folgenden ausführlicher: H. Krämer 2014: Ungleichheit, Marktversagen und Verteilungsnormen, in: M. Held, G. Kubon-Gilke und R. Sturm (Hrsg.): *Unsere Institutionen in Zeiten der Krisen, Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, Bd. 13, Marburg: Metropolis, S. 99-126.